



# HESSISCHER LANDTAG

04. 06. 2024

HHA

## Dringlicher Berichts Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### Viel Geld für leere Flure – Finanzamt am Schiersteiner Berg wird zum Millionengrab

Die jüngsten Berichterstattungen über die finanziellen Verpflichtungen des Landes Hessen im Zusammenhang mit dem alten Finanzamt in Wiesbaden lenken erneut die öffentliche Kritik auf die Immobilienpolitik der Landesregierung (siehe Bericht der Hessenschau: Kein Abriss: marodes Finanzamt in Wiesbaden wird zum Millionengrab, zuletzt aufgerufen am 31.05.2024). Im Oktober 2022 wurden rund 700 Finanzbeamte in ein neues Gebäude verlegt, während das alte Gebäude am Schiersteiner Berg größtenteils leer steht. Trotz der geringen Nutzung fallen für dieses Gebäude weiterhin erhebliche Kosten an: Das Land ist vertraglich verpflichtet, bis 2035 jährlich über 3,4 Millionen Euro Miete zu zahlen, zusätzlich zu den Kosten für den neuen Standort.

Die geplanten Abrissarbeiten für das sanierungsbedürftige Hochhaus im Behördenzentrum Schiersteiner Berg werden nun doch nicht durchgeführt. Das marode Gebäude steht leer und rund 14.000 Quadratmeter sind ungenutzt. Der neue Eigentümer, die OFB, eine Tochtergesellschaft der Helaba, untersucht neue Nutzungskonzepte und plant, das Gebiet städtebaulich zu entwickeln. Es sollen das „Ginko House“ und „Pine House“ entstehen. Konkrete planungsrechtliche Umsetzungen sind jedoch bisher nicht erfolgt und ein Fortschritt ist nicht erkennbar. Ein Ende des hoch bezahlten Leerstands scheint nicht in Sicht.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Gibt es im Mietvertrag für das Objekt keine Ausstiegsmöglichkeit im Falle der fehlenden Nutzbarkeit (Sanierungsfall) der Räumlichkeiten?
2. Wurde die Möglichkeit zur Vermeidung von Doppelmiete vor dem Neubezug des Finanzamts in Wiesbaden nicht geprüft?
3. Könnte das Land nicht die Räumlichkeiten wieder beziehen und vorher auf eine Sanierung durch den Eigentümer bzw. dessen Kostentragung bestehen?
4. Welche finanzielle Belastung würde das Land im schlimmsten Fall (Leerstand, Mietende regulär, Index-Miete) treffen?
5. Das Land Hessen ist an der Helaba beteiligt und eine Tochtergesellschaft ist Vermieterin des Landes. Wie werden Interessenkonflikte vermieden?
6. Wann werden die Entwicklungspläne der OFB weiter vorangetrieben?
7. Wann wird das Gebäude abgerissen?
8. Wie ist der Stand der Schlussbewertung der 55 Immobilienverkäufe – der LEO-Pakete – durch das Land?
9. Welche Konsequenzen wurden aus den ersten Zwischenbewertungen inzwischen gezogen?
10. Sind Rückkäufe von LEO-Immobilien durch das Land angedacht?
11. Wie viele und welche Rechtsstreitigkeiten führt das Land bezüglich der LEO-Immobilien?

Wiesbaden, 4. Juni 2024

Der Fraktionsvorsitzende:  
**Dr. Stefan Naas**